Recep Maraşlı, 20.01.2012

Orte des Genozids in den letzten hundert Jahren

(Übersetzung aus dem Türkischen)

Sehr verehrte Gäste, liebe Freunde,

ich grüße Sie alle herzlich. Zuallererst möchte ich Hrant Dink gedenken, dessen 5. Todestag Anlass für diese Versammlung ist. Ich bedanke mich bei den Organisatoren dieser Veranstaltung dafür, dass sie mir die Gelegenheit für diesen Vortrag gegeben haben.

Die Tatsache, dass der Prozess gegen die Mörder von Hrant Dink immer noch weitergeht, gibt leider einen traurigen Einblick in das politische und juristische System der Türkei. Rakel Dink hatte gesagt, dass dieses System es geschafft hat, aus einem Baby einen Mörder zu machen. Dieser Mordprozess zeigt uns, wie aus einem Mörder ein „Heldenkind“ gemacht werden kann. Die eigentlichen Mörder, die eigentlichen Verantwortlichen werden immer noch gedeckt.

Liebe Freunde,
ursprünglich hatte ich geplant, einen Vortrag über die vergangenen 100 Jahre seit 1915 zu halten. Doch gibt es gerade eine sehr aktuelle Entwicklung. Die französische Nationalversammlung hat vor kurzem ein Gesetz beschlossen, das die Leugnung des Genozids an den Armeniern unter Strafe stellt. Man erwartet, dass in den kommenden Tagen das Gesetz den Senat passiert und verabschiedet wird.
Die Vorgänge in Frankreich stießen auf heftige Reaktionen der offiziellen türkischen Behörden. Die Türkei verwendet alle erdenklichen diplomatischen, politischen und ökonomischen Druckmittel gegen Frankreich, um dieses Gesetz zu verhindern. Es gibt eine nationale Front der Gegenpropaganda, an deren Spitze sich die türkische Regierung findet. Das ist ein allzu bekanntes Bild, jedoch gibt es auch sehr viel Unterstützung von liberalen und demokratischen Kreisen, die dieses Gesetz für unangemessen und gegen die Meinungsfreiheit gerichtet halten und meinen, es würde sich nachteilig auf die Diskussionen über den Völkermord in der Türkei auswirken. Dabei beziehen sie sich darauf, dass Hrant Dink sich im Jahr 2006, als dieses Gesetz schon mal auf der Tagesordnung des französischen Parlaments stand, dagegen äußerte. Ich halte es für nötig ein paar Dinge zu diesem Thema zu sagen.

Ich befürworte das Gesetz, das vom französischen Parlament erlassen wurde. Es ist richtig, dass solche gesetzlichen Regelungen, die in vielen europäischen Ländern in Bezug auf die Leugnung des Holocaust bereits

existieren, dahingehend erweitert werden, dass sie auch den Völkermord an den Armeniern sowie andere Verbrechen an der Menschlichkeit umfassen. Diese Haltung schützt die Opfer vor den Angriffen der rassistischen Leugner.

Meiner Meinung nach ist es nicht berechtigt zu sagen, Frankreich möge sich um seine eigenen Angelegenheiten kümmern, es solle sich zuerst seinem Algerienproblem widmen; auch ist es unsinnig zu behaupten, dass dieses Gesetz den Dialog zwischen Türken und Armeniern verhindern würde oder dass die Diskussionen sich negativ entwickeln würden.

Völkermord und Deportationen sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Zu akzeptieren, dass es sich um Verbrechen gegen die Menschlichkeit handelt und gleichzeitig zu sagen, „Was mischen sich die anderen ein!“, ist unsinnig. Wozu gibt es sonst ein internationales Recht, wozu Menschrechtsvereinbarungen, wozu Institutionen, die auf die Einhaltung achten. Ist Mord nur eine Angelegenheit, die zwischen dem Mörder und seinem Opfer zu regeln ist?

Auf der anderen Seite stehen zehntausende von französischen Staatsbürgern armenischen Herkunft. Diese sind die direkten Nachfahren der Opfer des Völkermordes. Es ist daher sehr verständlich, dass sie in dem Land, in dem sie leben, solch eine gesetzliche Regelung fordern. Dass ihr Parlament ihrer Forderung nachkommt und gesetzliche Regelungen trifft, die ihre Rechte wahren, ist ein selbstverständlicher und demokratischer Prozess.

Ich finde es seltsam, dass liberaldemokratisch gesinnte türkische Intellektuelle sich in dieser Angelegenheit hinter die türkische Regierung stellen. Ich bin der Meinung, dass je mehr Sensibilität die Weltöffentlichkeit an den Tag legt, je engagierter sie ist, desto mehr wird die Front der Leugner bröckeln und desto mehr werden sie genötigt sein, die Wahrheit zu akzeptieren.

Liebe Freunde,
nun zu unserem eigentlichen Thema: „Die Geographie des Genozids“. Ich nenne das Gebiet, welches Kleinasien, Armenien, Kurdistan, Pontus, Kilikien, Kapadokien und das obere Mesopotamien umfasst und uralte Zivilisationen, die ältesten historisch belegten Siedlungsgebiete und Kulturen beherbergt „die Geographie des Genozids“. Das Gebiet der Republik Türkei ist ein ethnisches und kulturelles Massengrab.

Der Völkermord von 1915 war keine Ausnahme, war nicht ein unter Kriegsbedingungen unvermittelt geschehenes Verbrechen gegen die

Menschlichkeit. Dieser Völkermord war vielmehr die Spitze eines von langer Hand geplanten Projekts der „ethnischen Säuberung“, das schon viel früher begonnen hatte, und auch danach noch fortgesetzt wurde. Es gab einen historischen Kontext und einen Boden, auf dem dieser Völkermord gedeihen konnte. Diese Ereignisse sind in Zusammenhang mit der Politik der Islamisierung und später der massiven Türkisierung, die unter Sultan Adülhamid begann und später von der Regierung der Partei für Einheit und Fortschritt fortgesetzt wurde.

Ich werde nicht lange über die Geschichte des feudal-despotischen osmanischen Reiches reden.
Dieses Gebilde begann im 19. Jh. ökonomisch und politisch zu zerbröckeln.

Es war unumgänglich, dass in einer Epoche, die von kapitalistischen Produktionsverhältnissen geprägt war, ein System, in dem sich weder ein produktioneller Unterbau, noch soziale Klassen im modernen Sinne gebildet hatten, ein System, das auf Eroberung, Beute und Plünderung basierte, untergehen würde.

Die osmanische Regierung versuchte diesen Untergang mit einer Reihen von Reformen und Reformbewegungen zu stoppen. Damit meinte man auch die Forderungen der nationalen Bewegungen der Griechen, Armenier, Bulgaren, Albaner und anderer Balkannationen beschwichtigen zu können. Die Tanzimat-Reformen erklären sich auf diese Weise.
Jedoch waren diese vornehmlich administrativen und formalen Reformbemühungen weit entfernt davon, die Produktionsverhältnisse und den Unterbau zu verändern, der Untergang konnte nicht aufgehalten werden. Die letzten 30 Jahre des 19. Jh. waren von dem absolutistischen Regime Abdülhamids II. geprägt, der sich an den Reformbewegungen störte und daran glaubte, das Reich auf der Grundlage einer islamischen Union retten zu können. Er übte Druck auf die Armenier und die Balkanvölker aus, von denen er befürchtete, dass sie wie zuvor die Griechen ihre Unabhängigkeit fordern könnten. Die Kontrolle über die Armenier war der Hamidiye übertragen, einem Regiment, das aus kurdischen Stämmen zusammengesetzt wurde.

Die Auffassung, dass die christlichen Untertanen für den politischen Untergang verantwortlich seien, sie als schädliche Elemente unterdrückt werden müssen, ebnete den Weg für die Ereignisse, die zum Genozid von 1915 führten. Man hoffte, dass das Reich mit Hilfe einer panislamistischen Ideologie zu retten war.

Diskriminierenden Maßnahmen, ständige und systematische Repressionen arteten allmählich in Pogrome und Massaker aus. In den Jahren 1894 und 1895 wurden 5 Pogrome gegen die Armenier in Istanbul, Zeytun und Sason durchgeführt. Wir wissen, dass die nationalen Bewegungen der Armenier, Griechen, der Bulgaren und anderer Balkanvölker sich zunächst hoffnungsvoll mit den Jungtürken gegen das Regime von Abdülhamid verbündeten. Jedoch unterschied sich die Politik gegenüber den armenischen, griechischen und Balkanvölkern der Partei für Einheit und Fortschritt, die mit der Verfassung von 1908 an die Macht gekommenen war, nicht allzu sehr von der Politik des Regimes von Sultan Abdülhamid. Noch im zweiten Regierungsjahr 1909 wurden in Kilikien (Adana) blutige Massaker an den Armeniern verübt. Dabei starben mehr als 20.000 Menschen. Diese Massaker waren wie die Vorboten des Völkermords, welcher 5-6 Jahre später erfolgen sollte.

Nach der eindeutigen Niederlage des Osmanischen Reichs auf dem Balkan im Jahre 1912 verfolgte die Partei für Einheit und Fortschritt eine türkischnationale-islamistische Politik. Der Islamismus wurde als ein Mittel betrachtet, um die muslimischen Völker an das Reich zu binden. Die ideologische Grundlage des Regimes war der Turanismus, der die nicht-muslimischen Elemente beseitigen oder unterdrücken wollte und alleine auf das türkische Volkselement zählte.

Das war der Weg, der zu dem Genozid von 1915 führte, 1,5 Millionen Menschen das Leben kostete und Städte und Dörfer in Ruinen verwandelte.

Das Ziel war, dieses multinationale, multiethnische, multireligiöse und mulitkulturelle alte Reich auf eine Weise zu homogenisieren, dass der muslimisch-türkische Bevölkerungsanteil als einzige oder zumindest führende ethnisch-religiöse Gruppe das Land beherrschen sollte. Alle pluralistischen Strukturen, die die Entstehung eines einheitlichen Systems mit einer Sprache, einer Nation und einer Flagge behindern könnten, waren zu beseitigen.

Der Geheimdienst (Teşkilat-ı Mahsusa), der eigens dafür gegründet wurde, um die Griechen an der ägäischen Küste und in Kleinasien zur Auswanderung zu zwingen, führte bereits vor 1915 systematisch Gewaltaktionen durch, infolge derer mindestens 500.000 Griechen zur Auswanderung nach Griechenland genötigt wurden.

Auch nach 1915 wurde die Politik „der ethnischen Säuberung“ durch Massaker, Besatzung, Pogrome, Deportationen, Assimilation und Repressionen fortgesetzt. Die kemalistische Regierung setzte als

Nachfolger der Partei für Einheit und Fortschritt, deren politisches Erbe fort.

Der „nationale Befreiungskampf“, wie er von der offiziellen türkischen Geschichtsschreibung genannt wird, ist nichts anderes als das Bestreben, die vom Völkermord übrig gebliebenen Bevölkerungsteile der Armenier, Griechen, Pontusgriechen und Assyrer mithilfe einer letzten militärischen Aktion aus dem Gebiet zu drängen, dessen Grenzen durch den Nationalpakt festgelegt wurden. Das, was das kemalistische Regime „Kampf gegen den Imperialismus und gegen die Besatzer“ nannte, war genau das: die Griechen und Armenier aus ihrer Heimat zu vertreiben!

Zwischen 1918-1922 wurden das Pontusgebiet und Westarmenien auf der Höhe von Trabzon und Erzincan bis nach Gümrü durch das 3. Korps unter dem Befehl von General Kazım Karabekir besetzt. In Trabzon, Erzincan, Oltu und Kars wurden die sowjetischen Regierungen gestürzt. Ziel der ersten militärischen Operation kurz nach der Verkündung der Republik war es, die Nestorianer in der Region Hakkari zu töten und zu vertreiben.

Das hauptsächliche Ziel der ethnischen Säuberungen waren die Nicht-Muslime. Muslimische Bevölkerungsgruppen wie die Kurden, Araber, Lasen, Tscherkessen sowie die aus dem Kaukasus und dem Balkan eingewanderten Muslime sah man als Gruppen an, die für die eigenen Zwecke verwendet und nach und nach assimiliert, d.h. türkisiert werden konnten. Das republikanische Regime hat all diese Völker gezwungen, in einer oktroyierten türkischen Nation aufzugehen, ihre eigene Sprache und Kultur zu leugnen und aufzugeben. Dieses Projekt ist in der Tat in großem Maße verwirklicht.

Jedoch ging diese Rechnung in Bezug auf die Kurden, die zahlenmäßig stark vertreten sind und enge Bindungen zu ihren Traditionen und ihrer Kultur aufweisen, nicht auf. Man stieß auf Widerstand. Die gesamte Republik über führte man militärische Feldzüge, Massaker, Deportationen und eine Politik der Assimilation und der Repressalien durch, um die Kurden in das staatliche Korsett zu pressen.

- Dazu gehören die blutige Unterdrückung der Aufstände in Kurdistan: 1919 in Koçgiri, 1925 in Diyarbakır und Elaziğ; Die massenhafte Tötungen in Ağrı und Zilan 1929 und 1930 sowie die Deportation der kurdischen Stämme in die westlichen Provinzen.
- 1937-1938 der Genozid in Dersim
- Zwischen 1984 und 2000 wurde in Kurdistan das Konzept des „totalen Kriegs von niedriger Intensität“ angewendet; währenddessen wurden hunderte von politischen Morden von

staatlicher Hand begangen, fast 7.000 kurdische Dörfer in Brand gesetzt und zerstört, 5 Millionen Menschen migrierten in den Westen der Türkei und fast 30.000 Menschen verloren ihr Leben.

- 1983-1999 wurden jedes Jahr regelmäßig Grenzoperationen in den Nordirak durchgeführt, in Süd-Kurdistan schafften man so militärische Stützpunkte und damit bleibende Kriegsstationen.
- Diese Kriegspolitik wird immer noch fortgesetzt. Das letzte Beispiel hierfür ist der Bombenangriff von türkischen Kampfflugzeugen im Dezember 2011, infolge dessen 35 kurdische Einwohner, darunter 19 Kinder des Dorfes Roboski in der Provinz Sirnak ums Leben kamen.

Obwohl die republikanischen Regierungen mit dem Vertrag von Lausanne die Minderheitenrechte der Armenier und Griechen anerkannt hatten, betrieben sie weiterhin systematisch deren Vernichtung und ihnen keine Möglichkeit sich zu regenerieren. Die, die übrig blieben, wurden vertrieben und dezimiert bis hin zur völligen Auflösung. Das zeigt folgenden Chronologie:

- 1923-1924 sank durch den Bevölkerungsaustausch die Zahl der Griechen in Kleinasien von geschätzten 1.250.000 auf Null;
- 1934 Pogrom gegen die Juden in Thrazien;
- 1939 Annexion und Besatzung des multinationalen Staates Hatay, in dem Araber, Armenier und Türken lebten;
- 1942 „Sondersteuer“ für Armenier, Juden, Griechen und Konvertiten; Beschlagnahmung ihres Vermögens, Entsendung in Arbeitslager;
- 6./7. September 1955 Pogrome gegen Griechen, Armenier und Juden in Istanbul, Izmir und Ankara;
- 1963-64 Ausweisung von 10.000 in Istanbul lebenden Griechen mit griechischer Staatsbürgerschaft;
- 1974 Besetzung Nordzyperns, Vertreibung der griechische Zyprioten in den Süden und Ansiedlung von Türken aus der Türkei;
- nach 1980 Einschränkung Minderheitenstiftungen in Bezug auf die Verwendung ihrer Güter und ihrer Erziehungsarbeit an den Minderheitenschulen.
-

Die Verwendung und das Lehren einer anderen Sprache als der türkischen als offizielle Sprache wurden verboten und unter Strafe gestellt. Die Assimilation und die Leugnung ist eine grundlegende Politik. In der offiziellen Geschichtsschreibung, der offiziellen Ideologie, an den Universitäten, im Presse- und Publikationswesen ist die Leugnung der Existenz aller ethnischen und kulturellen Elemente außer der türkischen grundlegendes Prinzip. Das historische und kulturelle Erbe ist dem Vergessen überlassen, wobei mit Bedacht jegliche Spuren beseitigt

werden. Mehr als 30.000 ursprüngliche Dorf-, Städte- und Siedlungsnamen wurden abgeschafft und durch erfundene türkische Namen ersetzt.

So ist es nicht weiter verwunderlich, dass der türkische Verteidigungsminister von der Regierungspartei AKP am 10. November 2008 auf der Versammlung in Brüssel die Wahrheit eingestand, als er die Frage stellte: „Wenn heute noch die Griechen an der ägäischen Küste leben würden und die Armenier in vielen Regionen der Türkei, wäre die Türkei dann der Nationalstaat, der er jetzt ist?“ Diese Worte spiegeln die Denkweise des türkischen Staates wider.
Während im Jahre 1944 in dem Minderheitenbericht des 9. Büros der Republikanischen Volkspartei betont wurde, dass die als nichttürkischen Gruppen definierten Tscherkessen, Albaner, Bosnier und andere muslimischen Völker sofort assimiliert werden müssen, wurden für die Nicht-Muslime folgende Anweisungen gegeben:

Bis zur 500-Jahrfeier seiner Eroberung (1453) ist Istanbul „griechenfrei“ zu machen.
Es ist dafür zu sorgen, dass die Armenier sich in Anatolien nicht vermehren, sie nach Istanbul übersiedeln und in Zukunft eine endgültige Lösung dieser Angelegenheit zu gewährleisten.
Die Auswanderung der Armenier ist zu erleichtern, damit ihre Zahl sich verringert.

Gegenwärtig reicht die Einwohnerzahl von Istanbul an die 13 Millionen heran; die Zahl der einheimischen Griechen, die diese Stadt gründeten, sie zu einer Reichsmetropole verwandelten, beträgt mittlerweile nur noch 4.000. Wie tragisch ist es, dass der Plan von einem „griechenfreien“ Istanbul realisiert ist!

Hrant Dink war ein herausragender Intellektueller der armenischen Generation, die aus Anatolien nach Istanbul übersiedelte. Er repräsentierte die aktive Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben, indem er die Identität der Armenier und ihre Probleme öffentlich diskutierte. Ihn zum Schweigen zu bringen, war eine bewusste Drohung an diejenigen, die zurückblieben. Daran besteht kein Zweifel. Er war das letzte Opfer einer Politik der ethnischen Säuberung, die nie an Gültigkeit verloren hatte.
Zum Ende meines Vortrages hin möchte hinzufügen, dass die staatliche Politik stets darauf bedacht war, den Islam unter Kontrolle zu halten und Religionen und Konfessionen wie das Alevitentum oder Jezidentum aus der Öffentlichkeit zu verbannen und zu unterdrücken. Die Auffassung, dass das Alevitentum von der Republik geschützt werde ist nicht

zutreffend. Bei dem Genozid von Dersim 1938, bei den Pogromen von Maras 1978, von Corum 1980 und Sivas 1993 waren nicht nur die ethnischen und ideologischen Prinzipien Zielscheibe, sondern auch das Alevitentum.
Werte Freunde, mit der Hoffnung auf eine multikulturelle, multiethnische Gesellschaft, in der es keine Massaker gibt und die geprägt ist von gegenseitigem Respekt für die Rechte und Freiheiten des Anderen beende ich meinen Vortrag und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Recep Marasli